

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Bestellung im Voraus für drei Monate 5.25 M., bei Bestellung unter Straßenschein für Deutschland 1.- M., für Ausland 8.- M., per Brief 12.- M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-26, 2895 und 2896.

Interate folgen die üblichen Kompartimentspreise, deren Namen einzeln, Preisverzeichnisse 2.20 M., das feinstbedruckte Wert 1.15 M., jedes weitere Wert 85 Pf., Familien- und Organisationsanzeigen die üblichen Kompartimentspreise 2.40 M., das feinstbedruckte Wert 25 Pf., jedes weitere Wert 45 Pf., Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition ankommen.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 533-26, 2895-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Wall der Reaktion.

Gedämpfte Töne.

Wie anders klang doch in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung die Rede des Herrn Reichswehrministers Roske, als man sie sonst bei solchen Gelegenheiten zu hören bekommen hat! Man kann ihren Sinn allerdings nur verstehen, wenn man die Erklärung daneben hält, die nachher von Herrn Löbe im Auftrag der Rechtssozialisten abgegeben wurde. Dieser Mann gehörte in den Tagen nach dem 18. Januar zu der Biermänner-Opportunisten-Fraktion gegen die Gewaltmaßnahmen der Regierung. Inzwischen aber hat er, wie könnte er als Rechtssozialist auch anders, wieder umgelehrt. Er billigte nicht ausdrücklich die Gewaltanwendung, aber er verlangte, daß sie in ein System gebracht wird. Und auf diese Formel haben sich anscheinend Roske und seine Getreuen wieder zusammengefunden. Sie wägen wohl nicht sofort gekommen, wenn sie nicht durch die häufige steigende Emigration aus ihrem eigenen Lager dazu gezwungen worden wären. Selbst den einschüchternden Arbeitermüß es endlich klar werden, wozu diese Sorte Politik, die den Stempel Roske trägt, führen muß. Rein, wohin sie schon geführt hat zur Anhebung der Arbeiterklasse, zur Wiedererstarkung der Reaktion, zur Neuaufstellung der kapitalistischen Herrschaft, zur Niederhaltung aller demokratischen und wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats. Und das ist der eigentliche Sinn der Dämpfung in den gestrigen Regierungsbreden. Je näher der Tag der Abrechnung kommt, und er wird kommen, trotz aller Stumpfheit dieser Regierung und ihrer Parteien, desto stärker wird das bange Gefühl der Ahnung bei den Nutznießern der Gewaltpolitik.

In ausgezeichneten Darlegungen, die auf das Haus gerade durch ihre Sachlichkeit stark wirkten, hat Genosse Cohen gestern aus der Fülle des Materials einen Teil vorgelegt. Er hätte viele Stunden reden müssen, wenn er das ganze Material hätte erschöpfen wollen. Aber die wenigen Beispiele, die er angeführt hat, zeigen auf deutliche Weise, welchen Grad die Rechtsunsicherheit, die Willkürherrschaft, die Gewaltanwendung, die politische Einschüchterung bei uns erreicht hat. Derselbe Geist der Gewaltanwendung, von dem die alten Machthaber besessen waren, beherrscht jetzt die Machthaber heute. Nur daß sich die Machthanwendung nicht mehr nach außen, sondern lediglich nach innen, und zwar gegen die Arbeiterklasse richtet. Wenn aber die heutigen Machthaber etwas aus der Geschichte lernen könnten, so müßten sie einsehen, wozu dieser Geist führen muß. Sind sie endlich soweit in der Erkenntnis gelangt, darf man von den gedämpften Tönen eines Roske annehmen, daß sie den Beginn einer vernünftigeren Politik anzeigen?

Nein und abermals nein! Unser zweiter Redner von gestern, Genosse Henke, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Ausführung der Verordnung unterstützt wird durch die Klassenjustiz, deren grausame Urteile sich gerade in den letzten Monaten außerordentlich gehäuft haben. Was bisher planlos erfolgt ist, soll aber jetzt legalisiert werden. Die Verordnung für das Ruhrrevier, die an die Stelle der lebensgefährlichen Zuchthausstrafe für gewisse Delikte die Todesstrafe setzt, die der Marloß, die durch sie geklärt worden ist, die Forderung nach einem Reichsgesetz über die Befugnisse des Präsidenten für die Kuiperkraftehung bestimmter Artikel der Reichsverfassung, das Votum der Klassenjustiz, alles das zeigt, daß man die Willkür in einen bestimmten Plan einordnen will. Aber wenn auch die Gewaltpolitik in Gesetzesparagrafen gefaßt wird, so wird an ihrem Wesen doch nichts geändert. Ob die Arbeiterklasse mit dem Nutzen des Ausnahmestandes oder mit den Skorpionen gesetzlicher Bestimmungen gequält werden soll, bleibt im Grunde dasselbe.

Wie wenig ernst es der Regierung und den Mehrheitsparteien mit ihrer Absicht ist, andere Wege einzuschlagen, das zeigt deutlich die Aufrechterhaltung der Schutzhaft gegen Hunderte von Arbeiterführern und unbekanntem Arbeiter. Noch immer wird Genosse Dümmig, der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratie, in Schutzhaft gehalten, trotzdem gegen ihn selbst von der bürgerlichen Klassenjustiz auch nicht das Mindeste angefüßt werden kann. Noch immer ist Genosse Böttcher aus Weizsäcker dem Beitritt unserer Parteivorstandes angehort, hinter Gittern, trotzdem auch gegen ihn von keiner Staats-

Nach dem Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Paris, 3. März.
„Globe“ meldet, daß auf sämtlichen Pariser Bahnhöfen die Arbeiter ihre Beschäftigung ohne Zwischenfall wieder aufgenommen haben. Man hofft, daß der Dienst morgen wieder in altem Umfange aufgenommen wird. Der Verkehr habe sich zwar erheblich gebessert, aber die Rückkehr zur Arbeit gehe nur allmählich vor sich.

Der Verwaltungsausschuß der Confédération Générale du Travail soll gestern abend Beschlüsse von ganz bedeutender Tragweite gefaßt haben. In der Frage der Verhaftungen soll ein großer Schritt zur Versöhnung getan worden sein.

Amerika und die Friedensratifikation.

Washington, 3. März.
„Newe Constant“ meldet aus Washington:
Der Senat nahm mit 38 gegen 21 Stimmen den Vorschlag des Senats Lord an, nach welchem die Vereinigten Staaten selbst entscheiden sollen, auf welche inneren Fragen sich die Jurisdiction des Völkerbundes erstrecken soll. Mit den Republikanern stimmten 14 Demokraten.
Überwiegend hält man den Friedensvertrag dadurch für gefährdet, da der Präsident erklärt hat, ihn in dieser Form nicht anzunehmen.

Der Gefangenemord im Legeler Forst.

Wo bleibt die gerichtliche Untersuchung?
Wir haben in unserer Montagabend-Ausgabe festgestellt, daß am 17. Januar 1919 die Genossen v. Rajewski, Rerz, Hermann Jordan und Mikfert auf der Fahrt von Spandau nach Legel meuchlings ermordet worden sind. Den nach der Mordtat von einer zuständigen Stelle verbreiteten Bericht, die genannten Genossen hätten einen Fluchtversuch unternommen und seien dabei erschossen worden, stellen wir als Fälschung hin und verlangten auf Grund des von uns vorgelegten Beweismaterials die sofortige Festnahme der Täter und ihrer Helfershelfer sowie eine neue gründliche Untersuchung.
Seit unserer Veröffentlichung, für die in allen Punkten der Beweis angetreten werden kann, sind mehr als zwei Tage vergangen. Aber es hat sich bisher noch keine Behörde gefunden, die zu dem unerhörten Vorfall Stellung

antwärtig etwas Belastendes vorgebracht werden kann. Noch täglich erfolgen neue Verhöre, neue Verhaftungen. Und unter solchen Umständen hofft die Regierung, daß die Arbeiterklasse wieder Vertrauen zu ihr schöpfen kann?

Wie dürftig die Verordnungen der Regierung über den Ausnahmezustand ist, das hat Herr Roske gestern selbst gesagt. Sie seien zum Schutze der Bevölkerung gegen Mörder und Blinderer erlassen worden, nicht er. Zu gleicher Zeit aber verbietet man die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie, verhängt man die Schutzhaft gegen unbekanntem Arbeiterführer, unterbindet man jede Versammlungsmöglichkeit unserer Partei. Wenn man nicht annehmen will, daß Herr Roske eine Partei, zu der Millionen von Arbeitern sich freiwillig bekennen, zu einer Partei von Weibern und Mäubern humpeln will, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die Regierung nur auf einen wenn auch noch so fadenhäutigen Anlaß gewartet hat, um ihrer Gewaltanwendung die Fingel schmecken zu lassen.

Eine Stelle aus der Rede des Herrn Roske verdient noch besonders festgehalten zu werden. Er hat frisch weg behauptet, daß die Hauptursache unseres wirtschaftlichen Elends, daß die katastrophale Verelendung der deutschen Volks eine Folge der Streiks der Arbeiter und der ungenügenden Kohlenproduktion sei. Nun haben die Kapitalisten von diesen Sozialisten das Stichwort bekommen. Nicht die Verelendung ungeheurer Kapitalisten ins Ansehen, nicht die Verelendung von Industriearbeitern auf dem Weltmarkt durch das deutsche Unternehmertum, nicht die vom Schieberlumpen beorgte heimtückliche Einfuhr von Millionenwerten durch das Reich im

genommen und eine Sühne des Verbrechens angefüßt hätte. Es schweigt der Staatsanwalt, es schweigt Herr Roske, dessen Befehl seinerzeit die Spandauer Truppen unterstanden. Es schweigen auch die Angeklagten und der Kriegsgerichtsrat. Damals die Untersuchung so gründlich führte, daß die Täter sich heute noch ungestrast auf freiem Fuße bewegen können.

Das Schweigen spricht Bände und steht im sonderbaren Kontrast zu den Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die Zuchthausstrafe demjenigen androhen, der einen Verbrecher dem ordentlichen Richter entzieht. Um die Wand des Schweigens zu durchbrechen, stellen wir deshalb vor aller Öffentlichkeit die Frage, aus welchem Grunde gegen die des Mordmordes beschuldigten Personen bisher noch nicht eingeschritten worden ist? Es ist doch kaum anzunehmen, daß, ähnlich wie im Marloß-Standal, eine Sühne dieses Verbrechens nicht „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ liegt. Denn das hieße doch, diese und ähnliche Verbrechen einer verwilderten Soldateska legalisieren, hieße allen von Hochgedanken gegen die Revolution und ihre Träger erfüllten Personen einen Freitrief für vergangene und zukünftige Verbrechen ausstellen.

Also noch einmal: Wie steht es mit der Untersuchung des von uns dargestellten Verbrechens? In wessen Händen liegt die Untersuchung? Warum ist der Verdunkelungsgesahr bisher noch nicht durch die sofortige Verhaftung der Beschuldigten vorgebeugt worden? Wir erwarten schnellstens eine klare, unzweideutige Antwort!

Deutschland und die Offrage.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hielt am 2. und 3. März längere Sitzungen ab, in denen unter anderem die Offrage einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde. Als Ergebnis der Ausforde stellte der Vorsitzende Scheidemann am Schluß folgendes fest: Der Ausschuß ist nach eingehender Prüfung und Besprechung unseres Verhältnisses zu Russland zu folgendem Ergebnis gelangt: 1. Der Beschluß der Reichsregierung, mit einem Delegierten der Sowjetregierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzutreten, wird gutgeheißen. 2. Die Absicht wirtschaftlicher und finanzieller Kreise, eine Studienkommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage nach Russland zu entsenden, wird begrüßt. Es wird der Regierung empfohlen, ihre Förderung angeheißelassen zu wollen, um damit die demnächstige Aufnahme der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Westen haben die deutsche Wirtschaft immer weiter veruntergebracht, nein, die Foulheit der deutschen Arbeiter trägt daran die Hauptschuld. Nun verlangen wir gar nicht, daß Herr Roske sich von uns oder gar von seinen Parteigenossen Sue darüber unterrichten lassen soll, wer in Wirklichkeit den Rückgang der Kohlenproduktion, die Katastrophe der deutschen Volks verursacht hat, oder wenn er nur einen Blick in den Handelsteil der bürgerlichen Presse geworfen hätte, so würde er nicht den Mut gefunden haben, eine so ungebewußte Beschuldigung der deutschen Arbeiter unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien in die Welt zu schleudern.

Selbstverständlich haben die bürgerlichen Parteien gegen die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie gestimmt. Auch die Rechtssozialisten stürzten mit ihrer Ablehnung der Anträge den Wall der Reaktion, der sich gegen die Arbeiterklasse aufrichtet. Das wundert uns nicht. Sie glauben, die Nutznießer der Gewaltpolitik zu sein, sie meinen, daß ihr Weizen wieder blühe, wenn gegen die Unabhängige Sozialdemokratie mit dem Belagerungsstand, mit Presseverboten, mit Schutzhaft und Versammlungsverboten gewütet wird. Aber sie täuschen sich in zweifacher Hinsicht. Die Gewaltpolitik ihrer Regierung fördert nicht ihre eigene Partei, sondern sie stärkt die Reihen der nationalstaatlichen Gegenrevolution. Sie tut auch unserer Bewegung keinen Vorwurf, sondern sie zeigt immer deutlicher den irreführenden Arbeitern in den Reihen der Roskepartei, welchen Weg sie künftig zu gehen haben. So hat die gestrige Verhandlung, bei der die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie allein für die Rechte der Arbeiter kämpfte, aufs neue Klarheit für das deutsche Proletariat geschaffen.

